Heft 7/8-2021 | EUR 8,00 | C 12232 E

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Detlef Hensche: Politisches Mandat der Gewerkschaften

J. Boewe/J. Schulten: Umbau in der Autoindustrie

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Stefanie Holtz, Florian Wilde, Jan Turowski, Roland Schneider, Klaus Bullan, Joachim Bischoff, Stephan Krüger, Florian Weis, Bernhard Müller, Micha Brumlik

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Systemstabilisierung im Epochenwechsel

Die Parteivorstände von CDU und CSU haben ihr Programm für die Bundestagswahl vorgelegt. Die Parteigremien billigten den Text mit dem Titel »Programm für Stabilität und Erneuerung – Gemeinsam für ein modernes Deutschland«.

Pedro Castillo wird Präsident in Peru

Anfang Juni hat in Peru die Stichwahl über den künftigen Staatspräsidenten stattgefunden. Der Albtraum der Fujimoristas wurde wahr: Der Gewerkschafter und Sozialist Pedro Castillo (51), Kandidat der marxistischen Partei »Perú libre«, erreichte nach Abschluss der Stimmenauszählung 50,125% der Stimmen.

Mehr als eine Ohrfeige

In Frankreich zeichnet sich nach dem ersten Durchgang der Regionalwahlen eine krasse Niederlage für Emmanuel Macron und seine Partei ab. Diese Niederlage des Staatspräsidenten wurde schon im Wahlkampf eingeleitet mit einer Ohrfeige eines jungen Arbeitslosen während einer Kundgebung.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 7/8 | Juli/August 2021 | 48. Jahrgang | Heft Nr. 464

Lernprozesse – die Zeit wird knapp

Joachim Bischoff/Gerd Siebecke: Sachsen-Anhalt – Prolog für den Herbst
Warum die CDU zulegte, die Grünen nicht und die gesellschaftliche Linke keine Rolle spielt 2

Klaus Bullan: Fridays for Future als Vorfeldorganisation der Grünen? 11

Lohnabhängige – neue Organisation tut not

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Lohnarbeit während der Pandemie 17

Björn Radke: »Working Class – warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können« (zu Julia Friedrichs) 25

Stefanie Holtz/Florian Wilde: Macht gemeinsame Sache! 26

Forum Gewerkschaften

Detlef Hensche: Zum politischen Mandat der Gewerkschaften
Eine Intervention zum 60. Geburtstag von Hans-Jürgen Urban 31

Richard Detje/Otto König: Die List der Geschichte. Dem Bildungsarbeiter und Sozialpolitiker Horst Schmitthenner zum 80. Geburtstag 37

Forum Gewerkschaften: Keine »tarifpolitische Agonie«.
WSI-Arbeitskampfbilanz 2020 – Streiks unter Pandemie-Bedingungen 40

Jörn Boewe/Johannes Schulten: Ein politisches Versprechen allein überzeugt niemanden. Wie stehen die Chancen für einen gewerkschaftlichen »climate turn« in der Autoindustrie? 43

China – geprägt von der Kommunistischen Partei

Jan Turowski: 100 Jahre Kommunistische Partei Chinas 47

Wolfgang Müller: Völkermord an den Uiguren? Chinas Erziehungs- und Zivilisationsstaat und die Rolle der nationalen Minderheiten 52

Kapitalismus – neues Geschäftsmodell?

Joachim Bischoff/Stephan Krüger: Digitale Betriebsweise.
Eine neue Entwicklungsstufe in der kapitalistischen Produktionsweise des 21. Jahrhunderts 57

Roland Schneider: Plattform-Ökonomie – Sand im Getriebe. Streiks und Proteste gegen Ausbeutung. Deliveroo als Beispiel 65

Blick in den Abgrund: gestern & heute

Micha Brumlik: Kolonialer Völkermord im Osten Europas
Die Wehrmacht in der Sowjetunion 72

Florian Weis: Schmerzhafte Fragen, komplexe Verflechtungen. Anmerkungen zu Micha Brumlik: »Postkolonialer Antisemitismus?« 74

Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum 73

Tipps zum Hingehen und Anschauen 76

Alban Werner: Der Rausch (Filmkritik) 77

Beirat: Heinz Bierbaum, Ulrich Brinkmann, Günter Busch, Frank Deppe, Richard Detje, Christoph Ehlscheid, Michael Erhardt, Klaus Peter Kisker, Dieter Knauß, Jörg Köhlinger, Otto König, Klaus Pickshaus, Lilo Rademacher, Sabine Reiner, Bernd Riexinger, Heidi Scharf, Manfred Scherbaum, Michael Schlecht, Gabriele Schmidt, Horst Schmitthenner, Sybille Stamm, Hans-Jürgen Urban, Gerhard Wick, Jörg Wiedemuth

Zum politischen Mandat der Gewerkschaften

Eine Intervention zum 60. Geburtstag von Hans-Jürgen Urban

von ■ Detlef Hensche

Ansprache ans Forum Gewerkschaften, Berlin, 29.11.2019 (Foto: Manfred Scherbaum)

Nenne mir, Muse, den Mann, der beharrlich den Blick der Gewerkschaft auf ihren politischen Auftrag geschärft und Impulse gegeben zur Arbeit im Bündnis mit anderen Partnern – mit mehr Überzeugungskraft, Nachdruck und Klugheit als Hans-Jürgen Urban.

Einen Hans-Jürgen Urban zugeeigneten Beitrag über das politische Mandat der Gewerkschaften zu schreiben, ist vermessen, s.o. Doch sei's drum. Die Zeit rechtfertigt das Wagnis. Die Gewerkschaften sehen sich gleich mehrfach zu politischen Interventionen herausgefordert. Da mag jede Stimme von Nutzen sein.

Detlef Hensche ist Jurist in Berlin, war von 1975 bis 1990 Mitglied im Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier und von 1990-2001 Vorsitzender der IG Medien. Zuletzt schrieb er in Heft 7/8-2020 zu »Regelung der Arbeitszeit – durch Tarifvertrag oder Gesetz?« Der Beitrag wird zeitgleich in einer Festschrift zum 60. Geburtstag von Hans-Jürgen Urban veröffentlicht: B. Aulenbacher/F. Deppe/K. Dörre/C. Ehlscheid/K. Pickshaus (Hrsg.): Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft, Westfälisches Dampfboot, Münster 2021.

Verlag Westfälisches Dampfboot

Neu!

Yasemin Ahi / Esengül Ayyıldız / Muharrem Açıkgöz (Hrsg.)
Denken und Arbeiten mit Marx heute
2021 – 259 Seiten – ca. 28,00 €
ISBN 978-3-89691-055-4

Moritz Altenried / Julia Dück / Mira Wallis (Hrsg.)
Plattformkapitalismus und die Krise der sozialen Reproduktion
2021 – 295 Seiten – 30,00 €
ISBN 978-3-89691-056-1

Peter Bescherer / Anne Burkhardt / Robert Feustel / Gisela Mackenroth / Luzia Sievi
Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie
Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen
(Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, Band 36)
2021 –246 Seiten – 28,00 €
ISBN 978-3-89691-057-8

Hendrik Wallat
Politischer Marxismus
Ellen M. Woods Beitrag zur Aktualisierung des historischen Materialismus
2021 – 231 Seiten – 28,00 €
ISBN 978-3-89691-063-3

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Forum Gewerkschaften

An Krisen herrscht wahrlich kein Mangel. Die Corona-Pandemie schlägt mit Wucht auf Arbeit und Lebensweise der Menschen durch und wird die Gesellschaft am Ende vor harte Verteilungskonflikte stellen. Die Erderwärmung zwingt zur Neuausrichtung von Wirtschaft und Wohlstand. Das alles wird überschattet vom Verfall der realwirtschaftlichen Rendite und in deren Gefolge vom Rückgang an Sachinvestitionen und der Verlagerung von Gewinnen, Kapital und Macht in die Finanzmärkte.

Das politische Mandat weist in die Zukunft, muss jedoch, will man nicht Luftschlösser erträumen, auf den gegebenen Bedingungen aufsetzen – eine Binsenweisheit. Folglich stellt sich die Frage, ob und welche Brücken sich zwischen aktuellen wirtschaftlichen und politischen Weichenstellungen, dem öffentlichen Bewusstsein, gewerkschaftlicher Handlungsmacht einerseits und Reformnotwendigkeiten andererseits schlagen lassen. Dabei erschließen sich, schaut man genauer hin, durchaus Anknüpfungspunkte. Zum Beispiel:

Neue Wertschätzung des Sozialstaats – eine Momentaufnahme

Was der sozialistischen Regierung Griechenlands nicht vergönnt war und was die Mahnungen des französischen Präsidenten nicht vermochten, gelang unter dem Eindruck der Pandemie beinahe im Handumdrehen. Binnen weniger Wochen gab die Bundesregierung ihren Widerstand gegen gemeinsame Europäische Anleihen auf und befreite sich zumindest vorerst von der Obsession der »Schwarzen Null«. Das kam nicht unvorbereitet. Schon zuvor hatten sich nicht wenige Mitglieder der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft zugunsten europäischer, gemeinsam verbürgter Obligationen ausgesprochen. Die Kehrtwende fügte sich in eine auch hierzulande wachsende Kritik am Dogma der Austeritätspolitik.

Auch im Kreis der EU-Mitgliedsstaaten haben sich die Verhältnisse beinahe über Nacht gedreht. Die Einheitsfront restriktiver Haushaltspolitik, gestern noch von fast allen, z. T. widerwillig akzeptiert, zerfiel; übrig blieb der Club der »Sparsamen Vier«, die selbst zu Corona-Zeiten am Joch auflagenbewehrter Kreditvorgaben festhalten wollen, doch die gemeinsame Corona-Hilfe nicht verhindern konnten. Kurzum, es zeigen sich Risse im Gebäude der neoliberalen Orthodoxie.

Schließlich betrachten wir seit geraumer Zeit einen Reputationsgewinn der öffentlichen, gemeinwohlorientierten Infrastruktur. Der Schlachtruf vom »schlanken Staat« und der gestern noch beifällig hingenommene Ausverkauf öffentlichen Eigentums dürften derzeit nicht mehrheitsfähig sein. Die sozial und wirtschaftlich desaströsen Schleifspuren sind zu offensichtlich, vom Gesundheitswesen bis zum Wohnungsbau.

Doch so erfreulich das alles klingt, es ist eine Momentaufnahme. Im Ringen um die schlussendliche Verteilung der Lasten dürfte die bekannte Schlachtordnung wiederhergestellt sein. Die Eigentümer und besser gestellten Kreise werden alles daransetzen, höhere Steuern und Abgaben zu verhindern. Zugleich werden sie, nun wieder im Schulterschluss mit der Mainstream-Ökonomie, nach allen Regeln der Demagogie die Rückkehr zu Austerität und schlankem Staat einfordern. Was das für die Renten, für soziale Leistungen, öffentliche Güter etc. bedeutet, kann man sich ausmalen. Potenziell Verbündete wie SPD und Grüne werden nach bekanntem Muster beim ersten medialen Gegenwind gegen eine angemessene Beteiligung der Einkommens- und Vermögens-Millionäre in Deckung gehen; »mit Verteilungsfragen gewinnt man keine Wahlen«, heißt es ebenso reflexhaft wie unbestätigt; die Probe auf´s Exempel wurde nie gemacht. Also wird es auf gesellschaftliche Initiativen und die Gewerkschaften ankommen. Und die stehen, wie dargelegt, aktuell nicht mit leeren Händen da. Die vorstehend skizzierten Dissonanzen im herrschenden Block und die wiedergewonnene Wertschätzung öffentlicher Einrichtungen dürfen nicht Episode bleiben und müssen vor dem Vergessen bewahrt werden.

Verständigung auf neue Verteilungskonzepte – jetzt!

Auf diesen, noch präsenten Erfahrungen sind die Forderungen nach einer gerechten, sozial und wirtschaftlich notwendigen Lastenverteilung aufzubauen. Vorschläge liegen auf dem Tisch, sei es die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Reform der Erbschaftssteuer und die Wiederreinführung der Vermögenssteuer, sei es die Erhebung einer Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Noch sind diese Ideen über die Papierform von Parteibeschlüssen und über Wortmeldungen kritischer Wissenschaftler:innen nicht hinausgekommen. Was daher not tut, ist die Verständigung auf ein Verteilungskonzept unter bevorzugter Heranziehung derer, deren Einkommen und Vermögen seit Jahren wachsen. Schon die Erarbeitung dieses Konzepts sollte als öffentliches Ereignis Auftakt einer Kampagne sein. Viel Zeit bleibt nicht, wenn die aktuellen Einsichten nicht verblassen sollen.

Raus aus der Klimakrise

Komplizierter sind die Herausforderungen, vor die uns die Klimakrise stellt. Mit der Umstellung auf klimaneutrale Produkte und Produktion stehen aller Voraussicht nach Arbeitsplätze in besorgniserregender Größenordnung auf dem Spiel. Kein Wunder, wenn sich Betriebsräte und Gewerkschaften zumindest in ersten Reaktionen verpflichtet sehen, die soziale Existenzgrundlage der Kollegen zu verteidigen. Dass die Klimapolitik vor allem in gewerkschaftlich gut organisierten Betrieben ihren Tribut fordert, macht die Sache nicht leichter. Da die Gewerkschaften andererseits nicht blind für ökologische Notwendigkeiten sind, wird der Konflikt in die eigenen Reihen getragen. Die Suche nach einem Ausgleich lastet nicht zuletzt auf ihren Schultern. Gewiss, am Reißbrett lassen sich rechnerisch überzeugende Beschäftigungs-Bilanzen erstellen. Die Arbeitsplatzverluste in der Industrie könnten durchaus durch den Zuwachs im Dienstleistungssektor, etwa der Gesundheits- und Pflegeberufe kompensiert werden, vorausgesetzt, es gelingt, die Finanzklemme in diesem Bereich aufzubrechen. Doch arbeitsmarktpolitische Rechengrößen werden den um Arbeit und Beruf bangenden Facharbeiter, etwa der Metallindustrie, kaum dazu ermuntern, seine Zukunft als Pfleger im Seniorenheim zu suchen.

Ungeachtet aller Dramatik betreten die Gewerkschaften vergleichsweise vertrautes Gelände. Die Tarifpolitik erinnert sich der Arbeitszeitverkürzung. In Gestalt von Wahlarbeitszeiten sind, wenn auch unter anderer Zielsetzung, erste Schritte getan. Bezogen auf die Automobilindustrie hat der IG-Metall-Vorsitzende unlängst die Vier-Tage-Woche ins Gespräch gebracht, die nunmehr in die bevorstehende Tarifrunde Eingang gefunden hat. Vermutlich werden bei weiteren Schritten der Arbeitszeitverkürzung Qualifizierungsangebote wachsende Bedeutung erlangen. Jenseits der Tarifpolitik sollen Beteiligungs- bzw. Transformationsfonds helfen, z.B. bei der Umstellung der Zulieferindustrie auf die Elektromobilität. Wer dagegen die Transformation der Anarchie der Märkte überlässt, provoziert menschliches Leid und vermeidbare volkswirtschaftliche Schäden.

Die vorstehenden Lösungsansätze atmen freilich, so wichtig sie sind, den konservativen Geist einer industriepolitischen Modernisierung mit dem Ziel, Industriezweige von volkswirtschaftlicher Bedeutung tunlichst zu erhalten. Was aber, wenn z.B. die Elektromobilität nicht hält, was sie ökologisch verspricht? Wenn am Ende der Individualverkehr, wie wir ihn gewohnt sind, nicht fortsetzungsfähig ist? Nicht genug damit, könnte es sein, dass die die kapitalistische Entwicklung klassenübergreifend begleitende Erwartung permanenten Wachstums nicht mehr aufgeht, sei es, dass die profitable Landnahme auf Grenzen stößt, sei es, dass das unausweichliche Ende des Raubbaus an Mensch und Natur den Weizen verhagelt? Fragen wie diese gehören nicht allein in die Seminarräume der Wissenschaft. Die Gewerkschaften dürfen ihnen nicht ausweichen, wollen sie eines Tages böse Überraschungen vermeiden. Dabei ist zu beherzigen: Je tiefgreifender die auferlegte Umstellung und je breitflächiger die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und soziale Existenzen sind, desto mehr stößt die repräsentative Interessenwahrnehmung der Gewerkschaften und Betriebsräte auf Grenzen; und desto notwendiger wird die demokratische Beteiligung der Betroffenen selbst. Sie sind es, die als Akteure über ihre berufliche Zukunft zu bestimmen haben. Die Vielfalt ihrer Erfahrungen, ihrer Sorgen und Hoffnungen sollte

Kundgebung von Fridays for Future u.a. Umweltorganisationen sowie ver.di, Berlin, Invalidenpark, 4.9.2020 (Foto: wikimedia/Leonhard Lenz, CC0 1.0)

den Horizont der Umsteuerung erweitern. Überhaupt muss der Aufbruch zu einer umweltschonenden Wirtschaft, wenn er mehrheitliche und konfliktbereite Unterstützung finden soll, die Betroffenen ermächtigen, von Stufe zu Stufe die nächsten Schritte selbst zu bestimmen.

Neues Wohlstandsmodell

Die Eindämmung der Erderwärmung zwingt nicht allein die Produktion zu Umstellungen. Sie stellt zugleich das über Jahrzehnte gewachsene Wohlstandsmodell infrage. Verkehr, Ernährungsgewohnheiten, weltumspannte Urlaubspräferenzen gelten als nicht unerhebliche, dem privaten Verhalten zuzurechnenden CO_2-Treiber. Folglich erstreckt sich der Klima-Diskurs auch auf den in den nördlichen Industriestaaten gepflegten Lebensstil und dessen Änderung. Wenn in diesem Zusammenhang das politische Mandat der Gewerkschaften ins Spiel gebracht wird, bedarf dies der Erklärung. Was geht die Gewerkschaft die individuelle Lebensführung an? Das Bild der Privatsphäre, die erst den geschützten Raum der Freiheit bietet, tut ein Übriges, jeden Versuch politischer Steuerung zu tabuisieren. Vorwürfe wie Bevormundung, Blockwartmentalität und staatliche Übergriffe auf die persönliche Autonomie sind schnell bei der Hand. Die Grünen wissen ein Lied davon zu singen.

Doch so berechtigt die Freiheitsemphase ist, so ideologisch und paradox ist die Trennung von individueller Freiheit und kollektiver Gewährleistung. Was wäre das Ferienerlebnis ohne tarifvertraglichen Urlaubsanspruch? Was bliebe von der Freizeitgestaltung ohne tarifvertragliche Arbeitszeitbegrenzung und -verkürzung? Wie wäre es um die Konsumfreiheit bestellt ohne tarifvertragliche Lohn- und Gehaltsansprüche und – auf bescheidener Ebene – ohne den gewerkschaftlich erstrittenen gesetzlichen Mindestlohn? Ohne kollektivvertraglichen Fortschritt und ohne sozialstaatliche Sicherung wäre es um die allgemeine Wohlstandsteilhabe schlecht bestellt. Überdies wird gerne ausgeblendet, dass die vorschnell als »Demokratisierung des Konsums« gefeierte individuelle Kaufkraft neue, politisch korrekturbedürftige Ungleichheiten entstehen lässt – nach oben in Gestalt exklusiver Luxuszonen, nach unten durch Teilhabeverweigerung in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Prekarisierung. Gravierender noch: Die in den Industriestaaten des Nordens erreichte Verallgemeinerung des Wohlstands wäre ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Not in den Rohstoff- und Produktionsstätten und den Abfallrevieren des Globalen Südens nicht denkbar. Unsereins lebt auf Kosten anderer. Und auf Kosten der Natur. Solche Einsichten sind, für sich genommen, kaum in der Lage, das herrschende Wohlstandsmodell zu delegitimieren und den täglich aufs Neue erstrahlenden Glanz individueller Freiheit zu verdunkeln. Je stressbeladender der Arbeitsalltag, desto attraktiver das Erlebnis privater Bewegungs- und Konsumfreiheit; desto überzeugender deren Rückführung auf die eigene Anstrengung mit all ihren Perversionen permanenter Selbstoptimierung und der Jagd nach Distinktion und albernen Statussymbolen; und desto stabiler die Hegemonie der kapitalistischen Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft.

So ist es kein Zufall, dass die privaten Freiheiten gleich ihren kommerziellen Schwestern, den Markt- und Gewerbefreiheiten, den über die Jahrzehnte ausgefeilten Schutz der liberalen Grundrechte genießen; anders als ihr Gegenpol, die verfassungsrechtlich spätgeborenen sozialen Grundrechte einschließlich der staatlichen Schutzpflicht zugunsten grundrechtlich geschützter Güter. Konkret: Will sich der Bürger hoheitlicher Eingriffe in seine Grundrechte – aktuell etwa die Berufs-, Versammlungs-, Bewegungs- oder Eigentumsfreiheit – erwehren, kann er sich auf ein engmaschiges Netz rechtlicher Kontrollen verlassen. Erwartet er dagegen, dass der saumselige Staat zum Schutz von Verfassungsgütern – etwa von Leben und Gesundheit – tätig wird, betritt er das weite Feld politischen Ermessens, das sich nur in Grenzfällen zu staatlicher Handlungspflicht verdichtet.[1] Hier zeigt sich der liberale Rechtsstaat zugeknüpft und geizt mit Instrumenten wirksamer Rechtsverfolgung und -kontrolle. Den bessergestellten Kreisen gefällt's. Sie wissen, warum. Soziale Freiheit- und Beteiligungsrechte rühren an Privilegien und wirtschaftliche Macht. Sie zielen auf Teilhabe und auf die sozialstaatlich gebotene Gewährleistung von Rahmenbedingungen, die es den Bürgern in ihrer übergroßen Mehrheit erst ermöglichen, erhobenen Hauptes von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Sie stehen damit für einen anderen als den auf Marktvermittlung, Konkurrenz und Verdrängung reduzierten Wohlstand; für einen Wohlstand, der individuell und gesellschaftlich notwendige Güter und Leistungen dem Regime der Kaufkraft entzieht und stattdessen allen Bürgern gleiche Zugangs- und Teilhaberechte garantiert.

Schöne Worte, gewiss. Mit ihnen ist es nicht getan. Die ebenso realen wie erlebnisstarken privaten Freiheiten sind im individuellen und gesellschaftlichen Bewusstsein fest verankert. Der Spielraum für frontale, durch Verbote zu bewirkende Umsteuerung ist eng. Schon vergleichsweise harmlose und überfällige Vorschläge wie Geschwindigkeitsbegrenzungen, City-Maut und autofreie Innenstädte oder die Abkehr von flächenbezogenen Agrarsubventionen, sind bisher auf leicht mobilisierbare Protestwellen gestoßen. Auch die gewerkschaftliche Überzeugungskraft ist begrenzt. Dem Versuch, die Kollegen, die hinsichtlich Arbeitsplatz und Beruf einer ungewissen Zukunft entgegensehen, auch noch mit Verboten und Eingriffen in ihre Lebensgewohnheiten zu konfrontieren, kann man nur gutes Gelingen wünschen.

Setzt man dagegen auf indirekte Verhaltenssteuerung über Preise und Abgaben, handelt man sich das soziale Problem ein, dass die Überwindung des Öko-Dumpings mit Wucht die trifft, deren mehr oder weniger bescheidener Lebensstandard sich nicht zuletzt jenen Dumpingpreisen verdankt. Im politischen Raum werden daher Kreislaufmodelle diskutiert, die das Aufkommen aus Umweltsteuern und -abgaben wieder an die Verbraucher, etwa der unteren Einkommensklassen zurückfließen lassen oder, besser noch, dazu genutzt werden, äquivalente öffentliche Dienstleistungen in Qualität und Preis attraktiver zu ma-

23.3.2021: Garching, Beschäftigte der Firma Voith demonstrieren (dpa)

chen. Die Gewerkschaften sollten sich in dieser Verteilungsfrage nicht von Parteien den Schneid abkaufen lassen.

Vom Wollen zum Handeln

Mit der Benennung und – zunächst gedanklichen – Überwindung der Hürden sind freilich noch keine Mehrheiten gewonnen. Dies wird wohl nur gelingen, wenn sich über den ökologischen Imperativ die Vision eines alternativen, ja reicheren Wohlstands legt. Utopisch? Mag sein. Nicht jedoch, wenn sich in der Gegenwart plausible Anknüpfungspunkte für mehrheitsfähige Alternativen finden lassen. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit entschlossener klimapolitischer Umsteuerung wird jedenfalls von der Mehrheit nicht mehr in Abrede gestellt. Entscheidenden Anteil haben die unterschiedlichen Initiativen, darunter die mit Abstand überzeugendste Bewegung »Fridays for Future«. Der Schülerstreik hat mit der Protestform des schulischen Ungehorsams mehr an Überzeugung der Jugend und in deren Gefolge der älteren Generation beigetragen, als viele noch so kluge Memoranden. Die Gewerkschaftsjugend wird Probleme haben, den Streik in die Betriebe zu tragen; die Toleranz des Bildungsbürgertums gegenüber schulischem Ungehorsam ist weitherziger, als die von Arbeitgebern gegenüber Arbeitsniederlegungen. Dessen ungeachtet sollten die Gewerkschaften die Verbindungen zu den aktiven Schülern und Studenten suchen und unterhalten und bei öffentlichen Demonstrationen Präsenz zeigen.

Der in den nördlichen Industriestaaten erreichte Wohlstand fußt, wie dargelegt, zu einem guten Teil auf der Ausbeutung der Menschen im Globalen Süden. Der Tatbestand ist hinlänglich bekannt, wurde jedoch in der Vergangenheit vor allem moralisch skandalisiert – mit begrenztem Einfluss auf das individuelle Konsumverhalten. Erst als der Ruf von Dritte-Welt-Initiativen nach einem Lieferkettengesetz Verbreitung fand und inzwischen die Bundesregierung erreicht hat, besteht die Chance einer gesetzlichen Haftungsregelung für Menschenrechtsverstöße und inhumane Arbeitsbedingungen in ausgelagerten Produktionsstätten. Die Debatte hat vielen die Augen geöffnet. Zu alledem kam jüngst Hilfe von unerwarteter Seite. Die Corona-Krise hat an den Tag gebracht, wie störanfällig das weltumspannende Netz der Ausbeutung ausgelagerter Arbeit und Lagerstätten ist. Plötzlich fiel der Dumpingwettlauf den Unternehmen in Gestalt von Engpässen und Lieferausfällen auf die Füße. Das hohe Lied der Globalisierung wurde dissonant. Dieser Schock sollte genutzt werden, um für eine gerechte Weltwirtschafts-Ordnung zu werben, in der nicht mehr unter dem Schlachtruf des Freihandels den wirtschaftlich überlegenen Ländern und Unternehmen die halbe Welt zur Ausplünderung ausgeliefert wird – langfristig zum volkswirtschaftlichen Schaden aller. Die Gewerkschaften sollten den Schulterschluss mit den in solchen Fragen hoch kompetenten Initiativen nutzen. Einige Zeitgenossen berichten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von Anzeichen einer reflektierten Lebensweise. Kontaktreduzierungen und Lockdown hätten zur allgemeinen Entschleunigung beigetragen; die Arbeit im Homeoffice habe mehr disponible Zeit verschafft und das Verkehrsaufkommen vermindert. Ob solche Erscheinungen die Pandemie überdauern, ist fraglich. Wichtiger erscheint die mehrheitlich an den Tag gelegte wechselseitige Rücksichtnahme. Auch sie wird, entfällt der Anlass, kaum noch den Alltag prägen. Doch die Erfahrung von Hilfsbereitschaft und Selbstorganisation sollte vor dem Vergessen bewahrt werden. Sie beweist, dass die Menschen sich im Ernstfall mehr zuzumuten bereit sind, als man ihnen in normalen Zeiten zutraut.

Nachhaltiger als die Corona-Reaktion dürften die schon vor Coronazeiten

[1] Eine vergleichbare Asymmetrie offenbart die Berichterstattung von der Corona-Front: Das Schicksal der Erkrankten und vom Tode Bedrohten verschwindet hinter den Zahlen der täglichen Statistik. Die Lage der mittelbar betroffenen Gastwirte, Hoteliers, Einzelhändler, Touristikunternehmer, Eventmanager etc. erfreut sich dagegen breiter Aufmerksamkeit, begleitet von täglichen Interviews und alarmistischen Kommentaren.

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 6/21 u.a.:
- H. Dribbusch u. R. Kohsiek: »Generell streikbereit« – 20 Jahre ver.di – 15 Jahre Innovation im Arbeitskampf
- G. Kirsche: »Toluol, Wechselschicht und Rotationsdruckmaschinen« – Erfahrungen im Tiefdruckunternehmen und dem Niedergang der Branche
- R. Schlosser: »Von nichts kommt nichts« – Kritische Anmerkungen zur »Modern Monetary Theory« (MMT)
- M. Buckmiller: »Spontaneität und Organisation« – Zur Aktualität von Rosa Luxemburgs Denken
- R. Hürtgen: »Danzig an der Weser«, Arbeitswelten auf der Werft ähnelten sich über Eisernen Vorhang hinweg

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per eMail o. Telefon anfordern

Niddastr. 64 VH, 60329 FFM
express-afp@online.de
www.express-afp.info

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

vereinbarten Wahlarbeitszeiten und deren Inanspruchnahme sein; hier drückt sich ein gewachsenes Bedürfnis nach einem selbstbestimmten Leben aus, nach Zeitwohlstand eben, der über das Laufband der Konsumfreiheit hinausweist. Der wohl wichtigste Aktivposten, die Konturen eines alternativen Wohlstands aufscheinen zu lassen, liegt in der bereits oben erwähnten Aufwertung öffentlicher Einrichtungen und Leistungen. Die Paradoxie lässt sich kaum verdrängen: Die in den Industriestaaten dank wirtschaftlicher Prosperität und durchsetzungsstarker Gewerkschaften gefeierte vermeintliche Konsumenten-Demokratie kehrt sich im Zuge der Privatisierung und der Entkernung des Staates in eine Entdemokratisierung lebenswichtiger Leistungen um. Die Erwartung reichhaltiger privatwirtschaftlicher Angebote pervertiert zur Verknappung öffentlicher Versorgung. Mittlerweile wächst die Wertschätzung gemeinwohlorientierter Einrichtungen, von Gesundheitsdiensten bis zum Wohnungswesen. In Chile hat die Bevölkerung jüngst für eine neue Verfassung votiert, in der Erkenntnis, dass der gleiche Zugang zu gesellschaftlich und individuell notwendigen Leistungen ein Unterpfand der Demokratie ist.

Hierzulande hat die Corona-Krise neben dem Gesundheitswesen einen weiteren Aspekt öffentlicher Gewährleistung in den Vordergrund gerückt: den für alle gleichen Anspruch auf schulische Bildung, unter besonderer Zuwendung zu den Kindern bildungsferner Eltern. Wir sollten die Politik beim Wort nehmen, insbesondere die Zeitgenossen, die sonst mit Eifer auf Erhalt und Vererbbarkeit ihrer Bildungsprivilegien beharren. Der Einsatz für eine emanzipatorische Bildung ohne Barrieren der Herkunft gehört seit eh und je zum traditionellen Auftrag der Gewerkschaften.

Auch die Gewerkschaften sind gefordert

Es wird im Übrigen Aufgabe unterschiedlicher Initiativen und der Gewerkschaften sein, sich in einem öffentlichen Prozess auf die Sektoren zu verständigen, die aus Gründen der Versorgungsgerechtigkeit ganz oder zu einem erheblichen Teil in gesellschaftliche Regie gehören. Wie diese Regie auszusehen hat, als staatliche oder kommunale Einrichtungen, als Genossenschaften etc. ist gleichfalls öffentlich zu diskutieren. Zukunftsdebatten dürfen insbesondere die Verfassung öffentlichen Eigentums nicht ausklammern. Die Privatisierungsinitiativen waren ja nicht nur deshalb erfolgreich, weil Staat und Kommunen durch Sparhaushalte sturmreif geschlagen worden waren; vielmehr hatten manche öffentlichen Betriebe durch bürokratische Strukturen, Filz und obrigkeitlichen Umgang mit den Bürgern Vertrauen verspielt.

Die Gewerkschaften dürfen sich aus dieser Debatte nicht ausschließen. Es geht um gewerkschaftliche Themen. Ja, sie hätten sogar in der Betriebs- und Tarifpolitik Hebel, auf das Angebot öffentlicher Leistungen Einfluss zu nehmen. Der betrieblich oder tarifvertraglich vereinbarte Anspruch auf Job-Tickets kann, breitflächig durchgesetzt, einen Beitrag zur Qualitätsverbesserung des öffentlichen Nahverkehrs leisten. Der Konflikt um Arbeitsbedingungen und Stellenpläne erweist sich in manchen Sektoren wie etwa Bildung und Gesundheit zugleich als Kampf um bessere Leistungen für Kinder, Schüler und Patienten. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften streiten damit für allzugängliche commons, also darum, Gemeingütern und öffentlichen Leistungen gegen das ökonomische Verwertungsdiktat Raum zu schaffen. Nebenbei eröffnet sich hier ein wichtiges Potenzial zur Unterstützung von Tarifkonflikten.

Über all dem steht die Erkenntnis, dass die Gewerkschaften im Ringen um öffentlichen Wohlstand auf die Kooperation mit vielfältigen Initiativen im gesellschaftlichen Raum angewiesen sind. Aus eigener Autorität werden sie wenig bewirken, erst recht nicht, wenn sie mit der Attitüde auftreten, Ziel und Weg für alle vorzugeben. Hinhören und wechselseitige Lernprozesse sind angesagt. Wem fällt da nicht das Bild von der Mosaiklinken ein?

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de